Wirtschaft lehnt Ausweitung von Tempo-30-Zonen ab

08.02.17 | Berlin

Wirtschaft lehnt Ausweitung von Tempo-30-Zonen ab

UVB befürchtet massive Hindernisse für Mobilität der Unternehmen

Amsinck: „Schnellschüsse und isolierte Einzelmaßnahmen ersetzen kein Verkehrskonzept“

Mit Unverständnis reagiert die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg auf Pläne der rot-rot-grünen Koalition, mehr Tempo-30-Zonen auf den Hauptverkehrsstraßen der Hauptstadt auszuweisen. „Angesichts von Schlaglöchern und Baustellen kommen die Unternehmen schon heute vielerorts mehr schlecht als recht durch die Stadt. Weitere Einschränkungen wären eine massive Belastung für die Wirtschaft“, sagte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Mittwoch in Berlin.

Er verwies darauf, dass aktuell bereits auf fast einem Fünftel der Berliner Hauptstraßen zeitweise Tempo 30 gelte. Vor Schulen oder Altenheimen seien Geschwindigkeitsbeschränkungen sinnvoll. Im großen Stil eingesetzt, bedeuteten sie aber massive Behinderungen. „Handel, Handwerk und Dienstleister in der Innenstadt müssen zuverlässig und zügig für den Lieferverkehr erreichbar sein, ebenso die Industrie in den Gewerbegebieten. Wer glaubt, die Logistik funktioniere allein mit Lastenfahrrädern, kennt die Realität in der Wirtschaftswelt nicht.“

Amsinck forderte den Senat auf, eine Verkehrspolitik aus einem Guss zu entwickeln. „Schnellschüsse und Einzelmaßnahmen ersetzen kein Konzept und verunsichern die Unternehmen nur. Wir brauchen eine umfassende Mobilitätsstrategie, die den Anforderungen des zunehmenden Verkehrs in der Großstadt Rechnung trägt“, befand der UVB-Hauptgeschäftsführer weiter. „Klar sollte sein: Mobilität ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum. Wer die Menschen ausbremst, nimmt ihnen auch die Chance auf eine bessere Entwicklung“, urteilte Amsinck. Das Ziel der Politik müsse es deshalb sein, den Verkehr flüssiger zu machen – das komme auch Anwohnern zugute.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Infrastruktur

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF